

Der Vollzugsdienst

3/2016 – 63. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Physische und psychische Gewalt zunehmend prägend für die Arbeit hinter Gittern

Justizministerkonferenz ist gefordert

Seite 1

GRÜN-SCHWARZE Landesregierung: Viele Versprechungen und Erwartungen – aber kein Geld ?

Baden-Württemberg nach den Landtagswahlen vom 13. März 2016

Seite 5

Personalratswahlen 2016: BSBD-NRW verteidigt seine Führungsrolle

Eigener Hauptpersonalrat für den Strafvollzug hat sich bewährt

Seite 42

BSBD-Thüringen wählt Gerd Schulz zum Ehrenvorsitzenden



Auf Grund ihrer Verdienste für den BSBD-Thüringen wurden auf Vorschlag des Landeshauptausschusses ehemalige Mitglieder des Landesvorstandes geehrt. Im Bild v.li.n.re.: Landesvorsitzender J. Bursian, S. Dillner, G. Schulz und B. Gühlich.



Mecklenburg-Vorpommern



Rheinland-Pfalz



Schleswig-Holstein

Fachteil: Bundesverwaltungsgericht Beschluss BVerwG 2 B 23.15/OVG 6 A 371/12: Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision wird zurückgewiesen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Physische und psychische Gewalt zunehmend prägend für die Arbeit hinter Gittern
- 2 Übergangsversorgung soll überarbeitet und verbessert werden
- 3 dbb-Bundesseniorenvertretung: Engagement für Seniorinnen und Senioren
- 4 Linken-Konferenz zum Strafvollzug in Potsdam

LANDESVORBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 18 Berlin
- 20 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 29 Hessen
- 33 Mecklenburg-Vorpommern
- 39 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 59 Saarland
- 62 Sachsen
- 66 Schleswig-Holstein
- 69 Thüringen

FACHTEIL

- 73 Bundesverwaltungsgericht Beschluss: BVerwG 2 B 23.15
OVG 6 A 371/12
Die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 3. Februar 2015 wird zurückgewiesen.

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 4-5/2016:

⇒ ⇒ 15. September 2016



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Nach den Landtagswahlen am 13. März 2016

DIE NEUE GRÜN-SCHWARZE LANDESREGIERUNG: Viele Versprechungen und Erwartungen – aber kein Geld!?

Die Landtagswahl ist vorbei – das Endergebnis ist amtlich – der Koalitionsvertrag ist verhandelt und unterzeichnet – der Ministerpräsident ist gewählt und er sowie seine Fachminister sind ernannt und vereidigt: Nun kann das Regieren losgehen. Dies war aber alles andere als einfach: am Wahlabend war es einer Reihe von Politikern, besonders Spitzenpolitikern, offen anzusehen, dass sie bestimmte Wahlergebnisse gar nicht glauben konnten und wollten. Entsprechend überrascht, auch merkwür-

dig waren da so einige Reaktionen. Dies hat sich durch Zeitablauf überwiegend gelegt, wenn es auch latent immer noch hie und da nachhängt. Das könnte zur Hypothek werden.

Wir vom BSBD sind indes sehr gespannt, was wir in den nächsten fünf Jahren zu erwarten, womit wir zu rechnen haben – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Denn für den Justizvollzug – besonders für den Strafvollzug – steht viel auf dem Spiel, aber er ist noch lange nicht am Ziel.



Die Minister der grün-schwarzen Landesregierung von Baden-Württemberg (v.l.): Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU, Wirtschaft), Peter Hauk (CDU, Ernährung und ländlicher Raum), Susanne Eisenmann (CDU, Kultus), Guido Wolf (CDU, Justiz, Europa und Tourismus), Thomas Strobl (CDU, Inneres), Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen, Ministerpräsident), Edith Sitzmann (Bündnis 90 / Die Grünen, Finanzen), Manfred Lucha (Bündnis 90/Die Grünen, Soziales), Theresia Bauer (Bündnis 90/Die Grünen, Wissenschaft), Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen, Umwelt) und Winfried Hermann (Bündnis 90 / Die Grünen, Verkehr).

Foto: Bernd Weißbrod (dpa)

Zum Wahlverhalten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

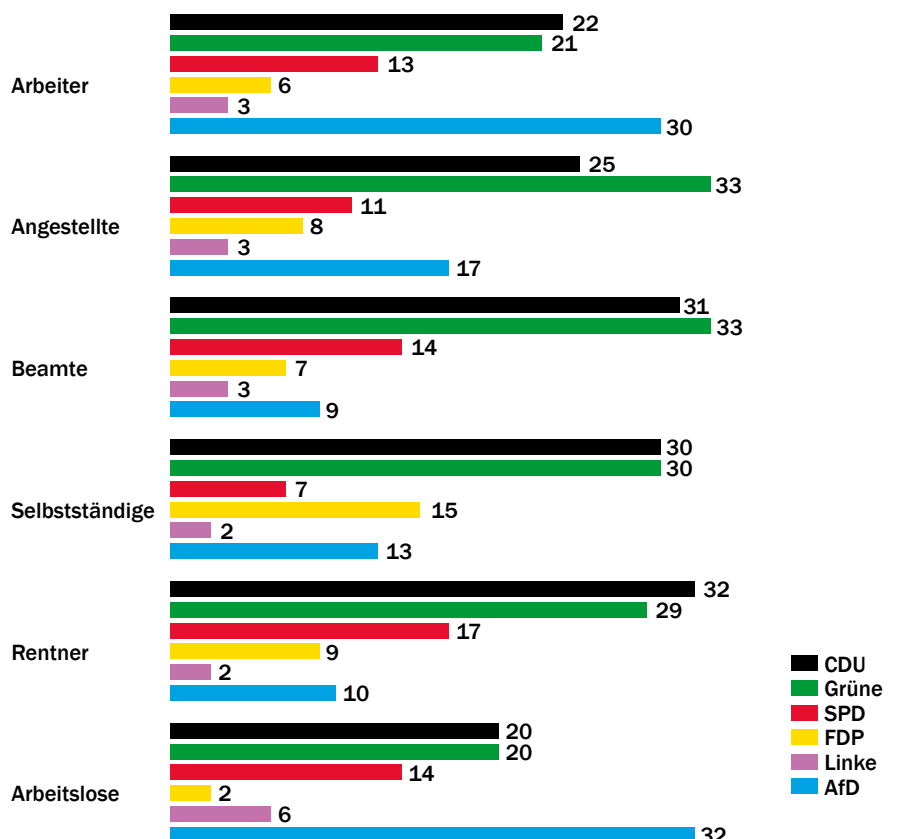
Interessant ist, wie die baden-württemberger Bürgerinnen und Bürger – nach Berufsgruppen unterteilt – gewählt haben.

Wie aus der nebenstehenden Grafik klar hervorgeht, haben die Landesbeamtinnen und -beamten – deutlich über dem Gesamt-Durchschnitt liegend – ihre Stimmen den **GRÜNEN** und der **CDU** gegeben.

Bei differenzierter Betrachtung der letzten fünf Jahre **grün-roter** Regierungs- und Fraktionspolitik war dieses Ergebnis nicht unbedingt zu erwarten.

Aber nun haben die beiden neuen Regierungsparteien eine breite Mehrheit – fast zwei Drittel – aus dem öffentlichen Dienst.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen
dimap und StN vom 09.04.2016



– BSBD-Positionen zu den Koalitionsverhandlungen

Nach unserer Kenntnis haben nur wenige Verbände „Wahlprüfsteine“ den Parteien vor der Wahl vorgelegt. (Diese sind mit den Antworten der Parteien vollständig in Heft 2/2016, S. 6 bis 13 abgedruckt.)

Der **BSBD** hat dies getan und aufgrund der aufmunternden Antworten zu unseren Fragen haben wir auch unmittelbar nach Bekanntgabe der Arbeitsgruppen für die Koalitionsverhandlungen aufgezeigt. So hat der Landesvorsitzende sowohl an die Leiter der Arbeitsgruppen selbst, wie auch an die amtierenden **Fraktionsvorsitzenden Edith Sitzmann (GRÜNE) und Guido Wolf (CDU)**, an die entsprechenden Strafvollzugsbeauftragten u.a. schriftlich unsere **BSBD-Positionen** zu wichtigen Struktur- und Personalfragen klar und deutlich vorgebracht – mit der Hoffnung, dass diese sich im Koalitionsvertrag wiederfinden lassen.

Die zuständige **Arbeitsgruppe „Innere/Justiz“** war u.a. besetzt mit dem Grünen Vorsitzenden und Psychologen **Oliver Hildenbrand M.Sc.** und dem Strafvollzugsbeauftragten **Jürgen Filius MdL** sowie von der **CDU** mit dem Juristen **Thorsten Frei** und Rechtsanwalt **Dr. Stefan Scheffold MdL**.

Unsere Positions-Papiere hatten für beide Parteien den folgenden, im wesentlichen übereinstimmenden Wortlaut:

- **Damen und Herren der GRÜNEN**
- **Damen und Herren der CDU bei der Arbeitsgruppe zu den Koalitionsverhandlungen 2016**

„Sehr geehrter Damen und Herren, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Baden-Württemberg – **BSBD** – als die mit 2600 Mitgliedern größte Gewerkschaft in der Justiz Baden-Württemberg möchte Ihnen gerne mit diesem bewusst kurz gehaltenen Schreiben unsere derzeitigen Hauptanliegen schildern.

Ich würde mich freuen, wenn diese Positionen auch in einem möglichen Koalitionsvertrag Einzug finden würden. Ich bin der Auffassung, dass es notwendig sein wird, dass die neue Landesregierung deutlicher Position für die Belange der Bediensteten des Justizvollzuges bezieht als dies in der Vergangenheit teilweise der Fall war...

Wir haben es auch als problematisch empfunden, dass das Thema „Innere Sicherheit“ sich häufig nur auf die polizeiliche Thematik konzentrierte und nicht der nahe liegende Zusammenhang „Innere Sicherheit ist Polizei und Justiz im unmittelbaren Zusammenwirken“ erkannt wurde. 16.500 kleine Enttäuschungen bei den Beschäftigten der Justiz sind damit entstanden...

Ganz bewusst führe ich nur wenige Punkte auf, auch in der Erwartung, damit die Möglichkeit der Umsetzung deutlich zu erhöhen.



Alexander Schmid.

Foto: BSBD-LV

Positionen des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Baden-Württemberg – zum Einzug in einen Koalitionsvertrag –

1. Die zeitnahe und vollumfängliche Umsetzung aller im Bericht der „**Expertenkommission Justizvollzug**“ aufgeführten Empfehlungen ist zur Herstellung eines zukunftsfähigen Justizvollzuges eminent wichtig. Insbesondere dürfen auch die notwendigen Neustellen nicht ausgeklammert werden, da zur Sicherung von Qualität auch (personelle) Quantität notwendig ist.
2. Eine **zeit- und inhaltsgleiche Übernahme** der jeweiligen **Tarifergebnisse** hal-

ten wir für eine Selbstverständlichkeit. Gute Bezahlung für gute Arbeit – zumal bei schlankem Personalkörper – darf kein Fremdwort sein.

3. Wir sehen die gesamten **Laufbahn- und Besoldungsstrukturen im Justizvollzug** mit höchst kritischem Blick. Unseres Erachtens gilt es hier den Blick auf die Entwicklung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Laufbahn- und Besoldungskonzeptes zu richten. Hierzu sollten politisch Verantwortliche, Justizministerium, Personalvertretung und die führende Fachgewerkschaft **BSBD** mutig neue Wege beschreiten und zeitnah einen „Round-Table“ zu diesen Fragestellungen ins Leben rufen, um genau solch ein wegweisendes Konzept zu erarbeiten. Die Planungen zu den Laufbahnen der Polizei (zweigteilte Laufbahn) und der Gerichtsvollzieher (Ausbildung zukünftig nur noch im gehobenen Dienst) sollten hier als Beispiele dienen können. Der „Patient“ benötigt kein weiteres „Pflaster“, sondern eine umfassende „Reha“.

4. Die **Beihilfe** muss endlich wieder eine stabile und kalkulierbare Größe für die Bediensteten des Justizvollzuges sein. Die Rücknahme der gerade für die zu 85 % im mittleren Dienst befindlichen Bediensteten des Justizvollzuges schmerzhaften Eingriffe bei der Beihilfe wäre ein positives Signal in diese Richtung.

5. Justizvollzugsbedienstete leisten wie Polizeibeamte über Jahrzehnte Schicht- und Wechseldienst unter erheblichen gesundheitlichen und psychischen Belastungen.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Justizvollzugsbedienstete nicht analog zu den Polizeibediensteten an **Vorsorgekuren** bei vollständiger Erstattung der anfallenden Kosten teilnehmen können. Dies ist schlicht ungerecht. In diesem Zusammenhang erneuern wir auch unsere Forderung, Dienstanfängern die Wahlmöglichkeit zwischen Beihilfe und **freier Heilfürsorge** einzuräumen.“

Mit freundlichen Grüßen
Alexander Schmid
– Landesvorsitzender –

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Vermittelt: Jürgen Jäckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Tel. 05130/97572-30 • Fax 05130/97572-59 • E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

– DER KOALITIONSVERTRAG DER GRÜN-SCHWARZEN LANDESREGIERUNG



Historisch: Winfried Kretschmann (li.) und Thomas Strobl besiegeln den ersten grün-schwarzen Koalitionsvertrag.

Foto: swr1 Landesschau

7. DIE JUSTIZ

(S. 75-77, Hervorhebungen durch die Red.)

„PERSONELLE AUSSTATTUNG, PERSONALENTWICKLUNG UND EHRENAMT

Die künftige Personalausstattung soll sich am Personalbedarfberechnungssystem (PEBBSY) orientieren. Die Justiz ist personell und sachlich so auszustatten, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann.

Für uns ist selbstverständlich, dass die Personalauswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung erfolgt. Die Praxis der Personalauswahl werden wir auf Optimierungsmöglichkeiten besonders mit Blick auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit überprüfen. Mehr dauerhaftes Personal wird dadurch geschaffen, dass befristete Stellen in unbefristete umgewandelt werden. Deshalb wollen wir die Entfristungsinitiative ausweiten.

Besonders im gehobenen und mittleren Dienst soll die Besoldungsstruktur etwa durch Stellenhebungen verbessert werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug, Gerichtsvollzieher und Rechtspfleger leisten gute und wertvolle Arbeit, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar ist.

Die Notariats- und Grundbuchreform muss sozialverträglich umgesetzt werden. Dies gilt besonders für den Service-Bereich.

Wir werden prüfen, ob bei der Praxis des Bereitschaftsdienstes Verbesserungsmöglichkeiten zum Schutz der Betroffenen bestehen. Wir wirken darauf hin,

dass Amtsanwälte in den von ihnen bearbeiteten Strafverfahren auch vor der Berufungskammer beim Landgericht auftreten können.

Wir betonen die hohe **Bedeutung der Fortbildung**, um bei der erhöhten Arbeitsverdichtung (Zahl und Komplexität der Fälle) die Qualität der Justiz zu stärken.

Wir wollen die Ausbildung in der Justiz an die gesellschaftliche und technische Entwicklung anpassen. Wir streben an, den Inhalt des Referendarunterrichts um praxisrelevante Bereiche zu erweitern, beispielsweise im Bereich des Sexual- und Betäubungsmittelstrafrechts.

Wir werden einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess insbesondere zur Steigerung der Effizienz und Unabhängigkeit der Justiz führen...

Das bürgerschaftliche Engagement ist in Baden-Württemberg besonders ausgeprägt. Wir fördern es weiter (z. B. ehrenamtliche Bewährungshelfer).

Die Anerkennungs- und Fortbildungskultur für ehrenamtlich tätige Richterinnen und Richter stärken wir....

JUSTIZVOLLZUG UND RESOZIALISIERUNG: PROFESSIONELLE ARBEIT FÜR DIE ZWEITE CHANCE

Der Strafvollzug trägt dem berechtigten Sicherheitsinteresse der Bevölkerung in gleichem Maße Rechnung wie der erfolgreichen Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft.

Wir brauchen gut ausgebildetes Personal und umfassende Konzepte, die den Weg zurück in die Gesellschaft ebnen und unterstützen. Daher werden wir die Besoldungsstrukturen und Beihilferege-

lungen im Vollzug einer Überprüfung unterziehen.

Das Haftplatzentwicklungsprogramm, das die Gefangenenzahlen prognostiziert und damit Grundlage für die erforderlichen Haftplätze ist, wird überprüft. Wenn sich dabei für die Folgejahre rückläufige Gefangenenzahlen ergeben, könnten bestehende und nicht mehr zeitgemäße Anstalten geschlossen werden.

Wir stärken die psychosoziale Beratung im Vollzug und verbessern die medizinische Versorgung. Bei psychisch auffälligen Gefangenen muss die Empfehlung der Expertenkommission berücksichtigt werden. Wir überprüfen die Praxis der Einzelhaftanordnung.

Der Umgang mit islamistischen Radikalisierungstendenzen hat Auswirkungen in unseren Haftanstalten. Notwendig sind daher vorbeugende Maßnahmen zur Erkennung, Unterbringung und Betreuung dieser Häftlinge. Wir werden Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung extremistischen Gedankenguts, etwa durch besonders qualifizierte Imame, unter den Mithäftlingen fördern.

Darüber hinaus werden wir das Ziel „Resozialisierung“ ausdrücklich verfolgen. Deshalb prüfen wir offene Vollzugsformen.

Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement in der Resozialisierung stärken.

Beim Bau von Justizvollzugsanstalten (JVA) sind Freiheit und Sicherheit sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Wir wollen zeitgemäße, moderne Vollzugsanstalten unter Berücksichtigung der Belange der Bevölkerung errichten.

Beim Neubau der JVA Rottweil setzen wir den Bürgerbeteiligungsprozess fort. Moderne JVA-Architektur muss sich bestmöglich in die Landschaft einfügen und sich an den Zielen eines modernen Strafvollzugs orientieren.

Wir wollen prüfen, ob – auch unter Einbeziehung von Investorenmodellen – auf dem Gelände der JVA Stammheim ein modernes Justizvollzugskrankenhaus errichtet werden kann.

Auch Straftäter haben nach Verbüßung ihrer Strafe eine „zweite Chance“ im Leben verdient. Es ist Aufgabe des Staates, ihnen neue Lebensperspektiven zu ermöglichen und ihre Persönlichkeitsrechte zu schützen.

Instrumente wie der Täter-Opfer-Ausgleich, die Bewährungshilfe oder Hilfsangebote bei Entlassung, im betreuten Wohnen oder für Angehörige von Straftätern wollen wir bündeln und ihre Anwendung in der Praxis verstärken. Dafür kommt die Einführung eines Landesresozialisierungsgesetzes in Betracht, das



**Große Auswahl an
Zubehör und
Ausrüstung!**

www.ENFORCER.de

Durchsuchungs-Handschuhe, schnitthemmend

Entspricht den CE Vorschriften: TÜV geprüft, EN388, EN 420

Abriebfestigkeit: Klasse 2 (von 0-4)

Schnittfestigkeit: Klasse 5 (von 0-5)

Weiterreißfestigkeit: Klasse 4 (von 0-4)

Durchstichfestigkeit: Klasse 3 (von 0-4)

Material: Synthetik amara mit eingearbeiteter synthetischer Faser.

Größen: XS – 3XL

Best-Nr.

5548 € 39,90



Damen Rundhals T Shirt „JUSTIZ“
100% Baumwolle, Größen: S-XXL

Best-Nr.

4250 Schwarz € 16,90

4251 Dunkelblau € 16,90



T-Shirt Justiz
100% Baumwolle, Größen: S-XXXL

Best-Nr.

4273J Blau € 16,90

4263J Schwarz € 16,90

**JUSTIZ
JUSTIZ**

Rubber Patch „JUSTIZ“

Best-Nr.

9087 € 5,-

9088 nachleuchtend € 5,-

ENFORCER®
PÜLZ GMBH

Ubstadter Straße 36
76698 Ubstadt-Weiher

Tel: 07251 / 96510
Fax: 07251 / 965114

Ladenöffnungszeiten:

Mo - Fr 9:00 - 18:00
Sa 9:30 - 14:00

www.enforcer.de
E-Mail: info@enforcer.de



HOTLINE: 07251-96510

auch die Kooperation der Leistungserbringer regeln könnte. Ziel ist, dadurch auch ein stärkeres Bewusstsein für die Resozialisierung zu schaffen.

**STRAFRECHT: HAUS DES JUGENDRECHTS
HAT SICH BEWÄHRT**

In den Häusern des Jugendrechts arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich gemeinsam unter einem Dach. Die kurzen Wege machen möglich, zeitnah auf Straftaten zu reagieren, die von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen wurden. Auf der Grundlage des Erziehungsgedankens, der im Jugendstrafrecht verankert ist, können so umgehend Angebote gemacht und Lösungswege aufgezeigt werden.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus des Jugendrechts stehen als Ansprechpartner für Fragen rund um das Thema Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht zur Verfügung.

Wir werden die bestehenden Häuser des Jugendrechts evaluieren und bedarfsgerecht fortentwickeln. Zudem prüfen wir, ob dezentrale Jugendarrestanstalten sachgerecht sind.

HOHE QUALITÄT DER BEWÄHRUNGSHILFE ERHALTEN

Der bisherige freie Träger der Bewährungshilfe – Neustart – hat gute Arbeit geleistet und Strukturen geschaffen, die wir erhalten wollen. Nachdem sie keinen Bestand mehr hat, wollen wir die Bewährungshilfe zum 1. Januar 2017 in staatliche Form überführen. Mit der neuen Anstalt öffentlichen Rechts gewährleisten wir eine einheitliche Führung der Bewährungshilfe, wie es von der Landesregierung beschlossen worden ist.

Bei der Ausgestaltung sind die bisherige Qualität und die grundsätzlichen Strukturen beizubehalten, besonders die umfangreiche Einbindung Ehrenamtlicher und die Betreuungsquote von maximal 70 Probanden je Bewährungshelfer.“

Dies sind die Ausführungen im offiziellen Koalitionsvertrag zum Justizvollzug und zu zwei Nachbarbereichen.

Hervorzuheben ist, dass insbesondere Aussagen getroffen worden sind zu Fragen

- der Besoldung und der Beihilfe,
- der Expertenkommission und ihrer Empfehlungen,
- zum Neubau der JVA Rottweil,
- des Ausbaus der Nachsorge und Betreuung sowie
- eines Landesresozialisierungsgesetzes.

Allerdings – und dies ist zu bedauern – bleiben die Aussagen noch unverbindlich und sprechen oft von noch durchzuführenden „Überprüfungen“. Diese Prüfverfahren werden sich dann in aller Regel auf die finanzielle Machbarkeit an sich notwendiger Maßnahmen beziehen.

Immerhin ist im Text festgelegt, dass die Empfehlung der Expertenkommission berücksichtigt werden muss. (Uns wäre lieber gewesen, wenn da „die 42 Empfehlungen der Expertenkommission...“ stehen würden.)

Koalitionsvereinbarungen zu weiteren JUSTIZBEREICHEN

(Im Vertrag nachzulesen auf S. 75 bis 77)

- MODERN UND EFFIZIENT –
- INVESTITIONSPROGRAMM FÜR DIE JUSTIZ
- JUSTIZSTANDORTPOLITIK SICHERT FLÄCHENDECKEND BÜRGERNÄHE
- STREITSCHLICHTUNG UND GÜTEVERFAHREN: KONFLIKTE LÖSEN
- VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT: VERFAHREN BESCHLEUNIGEN
- DIGITAL@BW: PERSÖNLICHKEITSRECHT IN DER DIGITALEN WELT SICHERN
- UNSCHÄTZBAR UND UNVERZICHTBAR – DIE ARBEIT VON OPFERSCHUTZ UND OPFERBEGLEITUNG

– Weiterhin und erneut:

SPARAUFLAGEN FÜR DIE LANDESBEAMTINNEN UND -BEAMTEN

Die Koalitionsverhandlungen hatten nicht mal richtig begonnen, da wurde bereits vom bisherigen und nun auch neuen **Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann** gemeinsam mit seinem Verhandlungspartner und **CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl** auf eine ungeheuer angespannte prekäre, ja katastrophale Lage des Landeshaushalts hingewiesen, so dass Sparmaßnahmen dringend notwendig wären und auch besonders **CDU-Wahlversprechen** – wie z.B. unverzügliche 1.500 neue Polizeistellen – überdacht werden müssten. Natürlich und so naheliegend kam man gleich auf die Idee, dass zur großen Sparaktion die Landesbeamtinnen/innen herangezogen werden können; wegen der schönen Regelmäßigkeit müssten es diese ja gewöhnt sein!

Bestandteile dieser Einsparungen sind:

- Im Hinblick auf die Tarifiergebnisse sollen die Besoldungsanpassungen nicht zeit- und inhaltsgleich übernommen, sondern auf ein Prozent plus für mehrere Jahre gedeckelt werden.
- Die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung um acht bzw. vier Prozent soll schrittweise bis zum Jahr 2022 gestreckt werden.
- Eine Wiederbesetzungssperre für bis zu 7500 Stellen sowie
- die Kürzung der Pensionen von derzeit maximal 71,75 Prozent auf 70 Prozent sollen eingeführt werden.
- (In diesem Zusammenhang möchten wir erneut auf die Antworten zu unseren Wahlprüfsteinen hinweisen, insbesondere auf die Fragen: 2, 3, 10, 10e, 10f; Heft 2/2016, S. 6 – 13.)

Und wozu das alles?

Nach den **STUTTGARTER NACHRICHTEN** vom 26.04.2016 – von Frank Krause – „will mit dem Kurs **Grün-Schwarz** 1,8 Milliarden Euro im Haushalt 2017 sparen; bisher ist dort eine Lücke von 2,7 Milliarden. Die Koalitionäre hoffen, dass die restlichen, fehlenden Mittel durch geringere Kosten für die Flüchtlinge erbracht werden können. Im Umkehrschluss will man bis zu 750 Millionen Euro für Investitionen freigeben.“

Und **BBW-Chef Volker Stich** fragt sich verwundert dazu „Woher kommt plötzlich dieser Haushaltskrater? Wo sind die vielen Millionen an Steuermehreinnahmen geblieben, die Finanzminister **Nils Schmid** in den vergangenen Jahren einkassiert hat?“ Darauf gibt es offenbar bisher keine plausible Antwort.

Der BBW-Beamtenbund Tarifunion reagierte empört auf diese Pläne der künftigen Landesregierung, erneut die



Volker Stich.

Foto: BBW

Beamten zum Stopfen von Haushaltslöchern heranzuziehen. BBW-Chef Volker Stich warnt die grün-schwarzen Koalitionäre, die Alimentation der Beamten anzutasten: „Mit der anvisierten Deckelung der Besoldungsanpassungen und der Kürzung der Pensionen begibt sich Grün-Schwarz auf verfassungsrechtlich dünnes Eis.“ (BBW-PM v. 27.04.2016)

Auch der **Verband der Richter und Staatsanwälte** macht Front gegen die Rotstift-Pläne von **Grün-Schwarz**. Er sieht den funktionierenden Rechtsstaat in Gefahr - und erwägt eine Klage an höchster Stelle.

„Sollten die Sparpläne so umgesetzt werden wie angedacht, treten wir dem im Interesse eines funktionierenden Rechtsstaates entschieden entgegen“, sagte der Landesvorsitzende des Verbands der Richter und Staatsanwälte, **Matthias Grewe**, den „**Stuttgarter Nachrichten**“.

Schon jetzt fehlten landesweit etwa 110 Staatsanwälte und 80 Richter. Wenn es nun, wie von Grün-Schwarz angedacht, zu einer Deckelung der Besoldungserhöhungen auf ein Prozent jährlich komme, werde es immer schwieriger, geeigneten Nachwuchs für die Justiz zu gewinnen.

Sollte der Sparkurs umgesetzt werden, wäre dies „verfassungswidrig und ein glatter Rechtsbruch“. Grewe kündigte in dem Blatt notfalls Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an. (aus: **SWR Landesschau** 05.05.2016)

Über die in diesem Fall einschlägige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Richter- und Beamtenbesoldung haben wir in Heft 3/2015 auf S. 9f. berichtet. Nach den dort festgelegten Parametern in Bezug auf die Abkoppelung von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und von Entgelten aus dem Tarifbereich wären Richter und Beamte hier im Lande vor dem BVerfG keineswegs chancenlos.

Auch zu diesen schwierigen Themen sind im Koalitionsvertrag zwischen **GRÜNEN** und **CDU** Vereinbarungen getroffen, die zwar klar formuliert, aber allgemein gehalten sind:

– Nachhaltig und innovativ (S. 5)

„**Grüne** und **CDU** eint auch das Bestreben, die finanziellen Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen zu erhalten. Eine nachhaltige Finanzpolitik hat für uns eine hohe Bedeutung. Wir wollen weder in finanzieller noch in ökologischer Hinsicht auf Kosten unserer Kinder leben. Deshalb ist die Konsolidierung des Landeshaushalts und die Einhaltung der Schuldenbremse ein zentrales Ziel unserer Koalition.“

– Bekenntnis zur Schuldenbremse (S.11)

„Eine nachhaltige, generationengerechte Haushaltspolitik ist unsere Leitlinie. Wir wollen in den kommenden fünf Jahren gemeinsam wichtige Zukunftsaufgaben für das Land in Angriff nehmen, die auch erhebliche finanzielle Ressourcen erfordern werden.“

Wir werden die Vorrangigkeit dieser Zukunftsaufgaben am grundgesetzlich vorgeschriebenen Schuldenverbot ab dem Haushaltsjahr 2020 messen und entsprechende Prioritäten bilden. Ziel muss es sein, das strukturelle Defizit im Haushalt schnellstmöglich abzubauen.

Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt. Die Koalition verpflichtet sich, strukturelle Einsparungen in Höhe von rund 1,8 Mrd. Euro in der Endstufe bis 2020 zu realisieren.

Wir wollen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern.“



Von links: Justizminister Guido Wolf, Innenminister u. Vize-Ministerpräsident Thomas Strobl, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Finanzministerin Edith Sitzmann. Foto: dpa/FR

Es gibt im Koalitionsvertrag aber auch sehr hoffnungsvolle Töne.

Unter dem Kapitel

– **Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktiver Arbeitgeber sein (S. 69)** ist u.a. zu lesen: „Eine faire Partnerschaft mit den Beamten und den Angestellten ist uns wichtig. Mit dem Beamtenbund

streben wir ein verlässliches Verhältnis für die Dauer der Legislaturperiode an.

Die Absenkung der Eingangsbesoldung werden wir im Rahmen der Haushaltsvorgaben bis zum Jahr 2022 schrittweise rückgängig machen.“

(Der gesamte, 140 Seiten starke Koalitionsvertrag ist im Internet vielfach hinterlegt und kann dort nachgelesen werden.)

Es wird in naher Zukunft viel Arbeit auf den **BSBD-Landesvorstand** mit seinem Vorsitzenden **Alexander Schmid** zukommen. Aufgrund der Hinweise zur Haushaltssanierung im Koalitionsvertrag wird die Mittelverteilung für Personal und Sachen, für Bauvorhaben und Renovierungen mit Sicherheit sehr schwierig und oft heftig umstritten werden.

Der **BSBD** wird aber unverdrossen an die Arbeit gehen, gerade auf politischer Ebene, sowie seine berechtigten und gut begründeten Anliegen für den Justizvollzug kraftvoll und nachdrücklich vorbringen.

Dies wollen wir auch den oben abgebildeten hohen Politikern vortragen, denn wir brauchen im Kabinett eine starke Vertretung durch Justizminister **Guido Wolf**, viel Verständnis von Finanzministerin **Edith Sitzmann** – früher ehrenamtliches Beiratsmitglied bei der JVA Freiburg –, Unterstützung von Innenminister **Thomas Strobl**, da wir im Vollzug Partner der Polizei zum Erhalt der Inneren Sicherheit sind, und nicht zuletzt von Ministerpräsidenten **Winfried Kretschmann** mit seiner Richtlinienkompetenz – auch für die Politik des Justizvollzugs und der Justiz.

Insoweit hat der Landesvorsitzende bereits ersten Kontakt aufgenommen, indem er Justizminister **Wolf** zu seinem neuen Amt beglückwünschte und ihm eine Einladung zur Sitzung des **BSBD-Hauptvorstands** zugesandt hat.

Indessen ist die „Zugabe“ des Bereichs „Tourismus“ an das Justizministerium auf Unverständnis und heftige Kritik gestoßen. Auch Spott wie „der etwas andere Hafturlaub“ und „Vier-Sterne-Knäste“ machte seine Runden. Nach einem Artikel vom 14. Mai 2016 in den **STUTTGARTER NACHRICHTEN** von Frank Krause hat der Vorsitzende des Verbands der Richter und Staatsanwälte – **Matthias Grewe** – gesagt: „Da geht das falsche Signal an die Öffentlichkeit. Wir sind doch kein Klickerhaufen, wir sind die dritte Gewalt im Staat.“

Ebenso kam unser Landesvorsitzender **Alexander Schmid** zu Wort: „Wie wertig ist die Justiz noch, wenn man dort jetzt einfach den Tourismus verankert? Die Mitarbeiter der Gefängnisse hätten sich auch im Landtagswahlkampf beim Thema innere Sicherheit ziemlich alleingelassen

gefühlt. Nun wächst die Sorge, dass wir weiter an den Rand gedrängt werden“. Und er wies zugleich auf die vielen unfertigen „Baustellen“ bei Personal und Struktur im Justizvollzug hin. Es gibt also allein in der Justiz mehr als genug zu tun, so dass dieser „Gemischtwarenladen“ der Bedeutung der Justiz keineswegs gerecht werden kann und nur schwer unter „einen Hut zu bringen“ sein dürfte.

Vor all diesen Ereignissen hat sich aber auch die Amtschefin des Justizministeriums klar zu einer nachhaltigen Personalentwicklung in Justiz und im Justizvollzug geäußert.



Inken Gallner.

Foto: HP JuM

Bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Anwaltsvereins LG BW wies **Ministerialdirektorin Inken Gallner** am 26. April 2016 darauf hin, „dass die Landesregierung die Staatsanwaltschaften im Land im vergangenen Jahr mit 14 Neustellen deutlich gestärkt habe. Die Justiz insgesamt habe außerdem allein im höheren Dienst von sechs zusätzlichen Richterstellen zur Bearbeitung von Staatsschutzsachen und weiteren 26 neuen Richterstellen für asylgerichtliche Verfahren bei den Verwaltungsgerichten profitiert. Auch der **Justizvollzug** wurde um insgesamt 36 Neustellen verstärkt.

„Diesen Weg müssen wir weitergehen. Daher werben wir in den laufenden Haushaltsberatungen intensiv dafür, dass auch in Zukunft ein besonderes Augenmerk auf der guten personellen und sachlichen Ausstattung der Justiz und des Justizvollzugs liegt. Wir gehen davon aus, dass die Bedeutung einer gut aufgestellten Justiz für das Funktionieren des Rechtsstaats auch einer neuen Landesregierung bewusst sein wird“, sagte Ministerialdirektorin Gallner.

(PM des JuM vom 26.04.2016)

Dieser zukunftsweisenden und zielführenden Aussage von Frau MD Gallner kann der BSBD nur nachdrücklich zustimmen und wir werden die konkreten Umsetzungen zum funktionalen Wohle der Justiz und vor allem des Justizvollzugs mit voller Kraft unterstützen. wok

Abschiedsbesuch beim scheidenden Justizminister

Landesvorsitzender Schmid zu Gast bei Rainer Stickelberger

Fast schon auf gepackten Koffern saß der scheidende Justizminister Rainer Stickelberger, als ihn der **BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid** am 29. April 2016 zu einem letzten gemeinsamen Kaffee am Schillerplatz besuchen durfte.

„Die Kontakte und die Zusammenarbeit mit Minister **Stickelberger** waren meines Erachtens geprägt von großer gegenseitiger Wertschätzung und Respekt. Er hat in seiner Amtszeit ein Klima der offenen Kommunikation und der deutlichen Unterstützung und Wertschätzung gewerkschaftlicher Arbeit – auch der Personalräte – aktiv gelebt und gefördert. Ich wünsche mir sehr, dass die neue Hausspitze diesen für beide Seiten gewinnbringenden Weg weiter beschreitet und biete schon heute die Kooperation des **BSBD** an“ so **Alexander Schmid** in seiner Bilanz zur Zusammenarbeit. Ebenso wertete Minister **Stickelberger** die Kooperation und insbesondere auch die Gespräche außerhalb der offiziellen Gremien als fruchtbar und er zeigte sich dankbar für die Zusammenarbeit mit dem **BSBD**. Gerade auch die schwierigen Zeiten durch die schlimmen Ereignisse in der JVA Adelsheim und in der JVA Bruchsal im Jahr 2014, die gemeinsam durchlebt werden mussten, hatten ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit gefördert. Hierzu gehört auch die Einberufung der hochkompetent besetzten Expertenkommission durch Minister **Stickelberger**, deren Empfehlungen nachhaltig in die weitere strukturelle Entwicklung des Justizvollzugs einwirken werden.

Der Händedruck und die guten Wünsche für die Zukunft sind daher beiden Seiten sehr leicht gefallen.

Auch künftig werden sich die Wege des wiederum in den baden-württembergischen Landtag gewählten Abgeordneten **Rainer Stickelberger** und des **BSBD** kreuzen und das gemeinsame Herz für den Vollzug wird weiter schlagen. **Wir sagen jedenfalls: „Danke, Herr Minister, es war gut, dass Sie da waren!“ als**



Justizminister Stickelberger – Landesvorsitzender der Schmid.

Foto: BSBD LV

Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten des Landes

Landesweit haben 66 Prozent aller Beschäftigten teilgenommen

Die vom BSBD-Landesvorstand und auch von der JVA Schwäbisch Hall ursprünglich initiierte und nunmehr vom Justizministerium BW geleitete Mitarbeiterbefragung in allen Justizvollzugsanstalten des Landes rückt immer mehr ins Zentrum des Interesses. Die erste Phase der Befragung ist offenbar abgeschlossen und zurzeit werden die erhaltenen Antworten vom sozialwissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg ausgewertet.

► **Hierzu hat Ministerialdirektorin Inken Gallner im Rahmen der Feier zur Abschlussprüfung von zwei Lehrgängen an der Justizvollzugsschule am 24. März 2016 folgendes gesagt:**

„Um den Justizvollzug auch für die künftigen Herausforderungen gut aufzustellen, hat das Justizministerium Anfang dieses Jahres eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung, an der landesweit 66 Prozent aller Beschäftigten teilgenommen haben, werden derzeit von der Universität Heidelberg ausgewertet und in den

nächsten Wochen vorgelegt. ‚Die Meinung unserer Beschäftigten ist uns immens wichtig, etwa wenn es um die Arbeitsbedingungen, das Arbeits- und Betriebsklima, die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht‘, sagte Ministerialdirektorin **Gallner**. Sie sicherte zu, dass die Ergebnisse der Befragung veröffentlicht und in die weiteren Überlegungen für strukturelle Verbesserungen im Justizvollzug einfließen werden.“

(zu diesen Befragungen s. auch Heft 3/2014, S.13)

► **Auch die nachstehende umfangreiche dpa-Meldung, die ungekürzt auf unserer Homepage eingestellt ist, hat diese Mitarbeiterbefragung im Vorfeld zum Anlass genommen, die gleichermaßen schwierige wie verborgene Arbeit im Justizvollzug fürs öffentliche Bewusstsein endlich mal ins rechte Licht zu rücken.**

Hinter verschlossenen Türen:

Der harte Job von JVA-Beamten

Von Anika von Greve-Dierfeld, dpa

Tür aufschließen, Tür zuschließen und ab und zu mal eine Zelle kontrollieren. Viel mehr muss ein Justizvollzugsbeamter im Gefängnis nicht machen? Doch, muss er. Da drinnen zu arbeiten, ist ein harter Job. Da draußen wissen das die Wenigsten.

Bruchsal (dpa/lsw) – Schließer. Oder Wärter, noch schlimmer. Solche Bezeichnungen für ihren Beruf wollen die Justizvollzugsbeamten Jürgen Penz und sein Kollege nun wirklich nicht hören. Nicht in Fernsehkrimis und auch sonst nicht. „Wir arbeiten ja schließlich nicht im Zoo, sondern mit Menschen“, sagt der 48-jährige Penz. „Und unsere Arbeit ist so viel mehr als Zellen auf- und zuschließen“, fügt sein 44 Jahre alter Kollege hinzu. Er will ungenannt bleiben. Beide sind rund zwei Jahrzehnte im Dienst, 18 Jahre der eine und 21 Jahre der andere. Zwei von rund 3.800 JVA-Beamten im Land. In der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal kümmern sie sich im vierten Flügel gemeinsam mit ihren Kollegen um 86 Gefangene. Meist im Vier-Schichtbetrieb und an sieben Tage die Woche. JVA-Beamter ist ein harter Job. Nicht unbedingt körperlich, auch wenn Schichtarbeit belastend ist, erzählt Penz. „Aber vom Kopf her.“ Was man da alles sieht und erlebt. „Man braucht ein dickes Fell.“ Beide beschreiben ihren Job als Gratwanderung zwischen „Händchen halten“ und „Arschtreten“. Sie trösten und schlichten.



Symbolbild.

Foto: dpa

Sie organisieren Arztbesuche, leiten Gesprächsgruppen. Sie versuchen, jeden im Blick zu behalten. „Was glauben Sie, was da in der Öffentlichkeit los wäre, wenn sich jemand was antut und wir hätten es nicht gemerkt“, sagt Penz' Kollege.

In „ihrem“ Flügel sitzen Menschen, die Schlimmes getan haben. Beispielsweise solche, für die nach der eigentlichen Haftstrafe in Bruchsal die Sicherheitsverwahrung in Freiburg ansteht. Einer der Häftlinge im vierten Flügel ist so gefährlich, dass er aus der Zelle nicht raus darf.

Der Morgen beginnt um sechs Uhr mit der „Lebendkontrolle“. Die Zellentüre wird kurz aufgeschlossen, irgendein Lebenszeichen vom Häftling erwartet.

Ein schläfriges Gurren, einmal den Arm kurz heben reicht. Das Frühstück ist schon in der Zelle, es wird immer schon am Vorabend mit dem Abendessen ge-

bracht. Vertrauenswürdige Häftlinge fahren den Wagen mit dem Essen an jeder der Einzelzellen vorbei. Post wird verteilt, deshalb geht ein JVA-Beamter mit. „Hey, Du hast jemand vergessen“, ruft der. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Penz und sein Kollege verbringen mit so manchem Langzeithäftling seit Jahren jeden ihrer Arbeitstage. Sie kennen jeden beim Namen, kennen die Eigenheiten. Das begangene Verbrechen kennen sie in der Regel nicht – obwohl sie die Akte eigentlich lesen dürfen.

„Wir gucken da nicht rein“, sagt Penz. Das sei auch besser so für ihre Seele und für ihre Arbeit eher förderlich. Schließlich sollen alle Häftlinge gleich behandelt werden. Das klappt besser, wenn man sich auf die Zeit im Gefängnis konzentriert. Und nicht auf das, was den Strafgefangenen dorthin gebracht hat.

Auf der Galerie, von deren Rückseite die Zellentüren abgehen, stehen viele Häftlinge rum. Mitten unter ihnen die JVA-Beamten. Sie sind ansprechbar für alles und jedes. Ein schwarzbärtiger Mann mit fahigen Augen will sein gemietetes Kühlschrankfach verlängern.

Ein JVA-Kollege wirft einem am ganzen Arm tätowierten Insassen die gewünschten Schmerztabletten zu. Ein anderer will mit seiner Mutter telefonieren, obwohl er gerade kein Geld hat für eine Telefonkarte hat.

Die Häftlinge sind alles Mögliche: freundlich, zurückhaltend, bemüht oder auch unberechenbar, impertinent, verbittert. Die JVA-Beamten sollen vor allem eines sein: ausgeglichen. Ein Fels in der Brandung. Immer ruhig und bestimmt. Nicht einfach, sagen die beiden Bruch-

saler Beamten. Nicht jeder Häftling ist „pflegeleicht“; für manche sei die Uniform ein rotes Tuch.

„Wir sind oft der erste Prellbock für alles, was in der Haft schief läuft“, sagt Penz. „Dass man verbal angegangen wird, ist an der Tagesordnung“. Fäkalsprache, Beschimpfungen auch. Nicht immer reagiert man souverän. Dennoch: Verfahren gegen Vollzugsbedienstete sind nach Angaben des Justizministeriums die große Ausnahme. Ihre Zahl werde aber nicht zentral erfasst.

„In den Gefängnissen lebt eine schwierige Klientel“, sagt **Alexander Schmid**, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**). Viele Häftlinge sind psychisch auffällig, „so manch einer gehört eher in eine psychiatrische Klinik als ins Gefängnis“, bestätigt der Bruchsaler JVA-Leiter **Harald Egerer**. Das macht den Job der JVA-Beamten schwerer als er ohnehin ist. „Der Krankenstand liegt bei durchschnittlich 21 Tagen“, sagt **Schmid**. Bemühungen um die seelische Betreuung seien da, „aber es ist sehr punktuell.“

„Unser Beruf ist interessant und abwechslungsreich, aber auch enorm anstrengend“, bestätigen Penz und sein Kollege.

Manchmal bedankt sich ein Häftling, manchmal gibt es ein Lob, für das, was die Beamten für ihn tun. „Das tut gut.“ Die beiden konzentrieren sich auf die Zeit, die der Gefangene absitzt. Das Davor und das Danach ist irrelevant. „Ich bin nicht dafür zuständig, dass ein Häftling büßt“, sagt Penz. Dafür habe ja schon der Richter gesorgt. „Wir wollen die Häftlinge anständig behandeln und anständig behandelt werden.“

Gewalt gegen JVA-Beamte wächst

Umfrage soll Probleme offenlegen

Das Justizministerium fragt und viele antworten: Eine Umfrage unter allen JVA-Beamten im Land zu ihren Arbeitsbedingungen stößt auf hohe Resonanz. Mit Ergebnissen wird bis zum Sommer gerechnet. Mögliche Konsequenzen daraus muss wohl der neue Justizminister umsetzen.

Bruchsal/Stuttgart (dpa/lsw) – Schwieriges Arbeitsumfeld, Gewalterlebnisse, hoher Krankenstand: Die Nöte von Beamten im Justizvollzug sind groß. Eine umfangreiche Befragung aller Justizvollzugsbeamten im Land soll Aufschluss darüber bringen, wo in dem belasten-



Alexander Schmid.

Foto: BSBD LV

den Job der Schuh drückt und wie die Arbeitsbedingungen verbessert werden könnten. „Es gab einen Rücklauf von 66 Prozent“, sagt **Alexander Schmid**, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**). „Das zeigt, dass die Betroffenen Nöte haben und gerne nach ihrer Arbeitssituation gefragt werden.“ Die Umfrage unter allen

rund 3.800 JVA-Beamten im Land war vom Justizministerium unter dem scheidenden Minister **Rainer Stickelberger (SPD)** angeregt worden. Die Auswertung sei bereits in vollem Gange; mit Ergebnissen werde bis zum Sommer gerechnet.

Abgefragt wurden unter anderem die Arbeitsbedingungen, das Betriebsklima und die Zufriedenheit im Job. Besonderes Augenmerk galt dem „Erleben von Gewalt, Spannungen und Diskriminierung.“ Es werde einen Bericht für jedes einzelne Gefängnis im Land geben.

Schmid monierte unter anderem die zu niedrige Besoldung. „Rund 85 Prozent der JVA-Bediensteten sind im mittleren Dienst – das ist nicht so attraktiv wie auf dem freien Markt“, sagte er. Notwendig sei unter anderem ein „intensives Nachdenken“ über ein zukunftsfähiges Personal-Besoldungs-Modell. Anreize gebe es bereits unter anderem über Zulagen und eine Altersgrenze von 62 Jahren für den Ruhestand, sagte dazu das Ministerium.

Problematisch ist nach Worten **Alexander Schmid**s außerdem nach wie vor die Belastung der JVA-Beamten durch immer mehr psychisch auffällige Häftlinge. Sie seien unter anderem der Grund dafür, dass die Zahl der Übergriffe gegen Gefängnis-Bedienstete steige, sagte der Ministeriumssprecher. „Die Zahl der Übergriffe hat sich 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 deutlich erhöht.“ Verfahren gegen Vollzugsbedienstete seien hingegen die große Ausnahme. Ihre Zahl werde aber nicht zentral erfasst.

Um die seelische Betreuung der Beamten kümmere man sich immer noch zu wenig, monierte **Schmid**. Er forderte von der künftigen Regierung, den Empfehlungen der Expertenkommission vom Juni vergangenen Jahres zu folgen. Sie hatte nach dem Hungertod eines psychisch kranken Häftlings in Bruchsal ein ganzes Paket von Vorschlägen erarbeitet. „Ich hoffe, dass diese Ansätze nicht mit dem Regierungswechsel sterben“, sagte Schmid. „Wir brauchen eine Reha des Justizvollzugs. Es bringt nichts, immer neue Pflaster aufzukleben.“

Baden-Württemberg und seine Justizvollzugsbeamten

Bruchsal (dpa/lsw) – In Baden-Württemberg kümmern sich rund 3.800 Justizvollzugsbeamte um derzeit gut 7.000 Gefangene.

Damit kommen etwas mehr als 50 JVA-Bedienstete auf 100 Häftlinge. Einen festen Personalschlüssel gibt es allerdings nicht. Wie viele Beamte in einem Gefängnis arbeiten, richtet sich nach den Bedürfnissen und den Aufgaben der jeweiligen Haftanstalt.

Der Beruf gilt wegen des Schichtdienstes und des Arbeitsumfeldes als belastend.

Durchschnittlich war ein baden-württembergischer JVA-Beamter im vergangenen Jahr mehr als 21 Tage krank.

Die Zahl der Übergriffe von Häftlingen gegen das Gefängnispersonal steigt nach Angaben aus dem Justizministerium: Im Jahr 2015 wurden 24 Übergriffe gezählt, bei denen 34 Bedienstete verletzt wurden.

Erfasst wurden nur die Angriffe, die zur Erkrankung von Beamten führten. Leichtere Tätlichkeiten wurden nicht mitgezählt.

■ **Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**
 ■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,95%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

„Jetzt holt uns die Realität in den Gefängnissen wieder ein“

Pressemitteilung des BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg

„Landesweit berichten mir Bedienstete aus den Justizvollzugsanstalten von einer mehr als angespannten Belegungssituation, insbesondere aufgrund eines dramatischen Anstiegs der Zahl der Untersuchungsgefangenen in den Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg. Gerade letzte Woche hatte es besorgniserregende Berichte zur Belegungssituation in der JVA Stammheim gegeben“ so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten BSBD Alexander Schmid.

„So sind im Januar 2016 im Vergleich zum Januar 2015 fast 300 Untersuchungsgefangene mehr in unsere Haftanstalten zu verzeichnen. Das entspricht der Kapazität einer größeren Haftanstalt, die wir aber nicht haben. Ganz im Gegenteil wurden in den vergangenen Monaten und Jahren trotz vielfacher Warnungen der Fachgewerkschaft **Bund der Strafvollzugsbedien-**



Vor allem die Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim ist zurzeit überfüllt.

Foto (Archivbild): Lichtgut/Max Kovalenko

steten (BSBD) sogar viele Haftanstalten geschlossen. So fehlen uns jetzt die dringend gebrauchten Haftplätze, die in Pforzheim, Ellwangen, Crailsheim, Heidelber, Heidenheim und anderen Ein-

richtungen unwiederbringlich verloren gegangen sind.

Wir brauchen Lösungen und erinnern außerdem daran, dass dies ausdrücklich auch bedeuten muss, notwendige strukturelle Maßnahmen sowohl in baulicher wie auch personeller Hinsicht jetzt anzugehen. Ich erneuere daher auch meine Forderung, im kommenden Haushalt 2017 die Empfehlungen der Expertenkommission Justizvollzug aus dem Jahr 2015 umzusetzen. Wir haben diese Empfehlungen über Parteigrenzen hinweg nicht aus Jux und Dollerei erarbeitet, sondern weil das System Justizvollzug sonst noch mehr in Gefahr gerät.“

„Meine Kolleginnen und Kollegen erwarten eine Politik und damit eine neue

Landesregierung, die sich hinter sie stellt und aktiv wird“, so **Alexander Schmid**, der selbst seit mehr als 25 Jahren in einer Justizvollzugsanstalt im Schicht- und Wechseldienst arbeitet. *als/wok*

ELLWANGEN:

Aus für das Gefängnis zum 31. März 2016

AALENER NACHRICHTEN vom 11.03. und vom 31.03.2016

(mab) – Bei seinem Besuch in Bopfingen hat Baden-Württembergs Justizminister Rainer Stickelberger bekräftigt, dass die Außenstelle der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd in Ellwangen geschlossen wird. Ende März gehen in der Einrichtung die Lichter aus.

„Ein Gefängnis zu erhalten, das nicht mehr wirtschaftlich ist, ist nicht zielführend“, sagte **Stickelberger** bei seinem Besuch im Rahmen eines Wahlkampftermins der **SPD** Ostalb. Er könne eine Unterbringung von Gefangenen in Ellwangen im Bezug auf den Zustand des Gebäudes und weitere EU-Anforderungen an eine Unterbringung so nicht mehr verantworten.

Eine Sanierung „rechnet“ sich nicht

„Ellwangen ist erstens ein sehr kleines Gefängnis, die Gebäude sind schon alt und müssten aufwendig saniert werden. Das aber rechnet sich nicht für das Land“, meinte **Stickelberger**. Die jetzigen In-

sassen könnten ohne Probleme in Heilbronn oder anderweitig untergebracht werden. „Bei den meisten handelt es sich um Häftlinge in der Untersuchungshaft“, sagte der Justizminister.

Vorschlägen zu einer anderweitigen Nutzung des Gefängnisses stehe das Land offen gegenüber. Hier sieht **Stickelberger** für die Stadt Ellwangen eine gute Chance, seine innerörtliche Entwicklung voranzubringen.

Das war's: Das Gefängnis ist zu

Die letzten Gefangenen sind am Donnerstag verlegt worden – Ende nach 135 Jahren.

Ellwangen – Zu alt, zu klein, zu unwirtschaftlich: Nach 135 Jahren ist das Ellwanger Gefängnis geschlossen worden. Die letzten Gefangenen sind am Donnerstagvormittag nach Schwäbisch Hall, Stuttgart und Heimsheim verlegt worden.



Ein Flur mit Zellen im Ellwanger Gefängnis. Bis zu 36 Untersuchungsgefangene saßen hier ein.

Foto: Thomas Siedler

Für den Dienststellenleiter und seine Kollegen gibt es noch eine Gnadenfrist bis Mitte April. Dann übernimmt das Amt für Vermögen und Bau die Immobilie, die unter Denkmalschutz steht. Was weiter damit passiert, ist offen. *Beate Gralla*

Ende von 116 Jahren Gefängnisgeschichte

Abschiebehaft in Pforzheim: Aus Zellen werden Zimmer

PFORZHEIMER ZEITUNG vom 1. April 2016

Pforzheim. – Reinhold Gall, Noch-Innenminister (SPD), ist mit großem Gefolge angereist – Fachreferat, Pressestelle – zum wahrscheinlich letzten größeren Auftritt als Minister in Pforzheim.

Hier hat er sich mit der Polizeireform ebenso wenig Freunde gemacht wie mit der Umwandlung des Jugendgefängnisses in die einzige Abschiebehaftanstalt des Landes.

Lokalpolitiker aller Couleur wandten sich gegen beide Entscheidungen – ohne Erfolg. An diesem Nachmittag also nahmen Gall, Nicolette Kressl, Chefin des Regierungspräsidiums Karlsruhe, und Vollzugsleiter **Hans-Peter Paukner** die Einrichtung an der Rohrstraße in Betrieb. Am Samstag und Sonntag kommen die



Von Anstaltsleiter Hans-Peter Paukner (links) lässt sich Innenminister Reinhold Gall die Einrichtung im Detail zeigen. Foto: Ketterl

ersten Abschiebehäftlinge in den Umbau, Anfang der kommenden Woche gesellen sich acht weitere aus Ingelheim dazu – es sind somit die ersten 21 von später ein-

mal 80 Männern, die bereits mehrfach einer Ausreiseaufforderung nicht nachgekommen sind. Insgesamt wird die Umwandlung der Anstalt rund sieben Millionen Euro gekostet haben.

Aus Zellen wurden Zimmer, statt Einheitsbrei gibt's Essen vom Caterer – bei Ramadan auch nach Sonnenuntergang –, alles ohne Schweinefleisch, eine Edelstahlküche mit Induktionsherd gibt es für die individuelle Zusatzversorgung ebenso wie einen Fitnessraum, eine Bibliothek und einen Internet-Raum mit vier Computern – allerdings mit Schutz-Software. „Diese Menschen sind in der Regel keine Straftäter“, sagt Gall bei der dem Rundgang vorgeschalteten Pressekonferenz. Einen Vertreter der Stadt wird er nicht zu Gesicht bekommen – keiner da.

Olaf Lorch-Gerstenmaier

Premiummitgliedschaft im BSBD

Ein Erfolgsmodell zieht Zwischenbilanz

Kooperation zwischen Seniorenverband ÖD Baden-Württemberg und BSBD ein voller Erfolg

In etwas mehr als fünf Monaten haben die **Fachreferenten des Seniorenverbandes Karl Schüle** und **Kurt Schulz** über 440 Rechtsberatungen, Rechtsauskünfte und Rechtsverfahren durchgeführt. Für die sogenannten Vollmitglieder (Versorgungsempfänger, Rentner, Witwer) waren dies 238 Einzelfälle, für die Mitglieder der Korporationsverbände insgesamt 187 sowie für 15 einzelne Nichtmitglieder (zur Mitgliederwerbung), dies unterteilt nach 231 telefonischen und 220 schriftlichen Vorgängen sowie nach 33 Widersprüchen und Verfahren, davon neun beim **dbb** Dienstleistungszentrum Mannheim.

Insgesamt konnten geldwerte Vergünstigungen beziehungsweise Forderungen in fünfstelligen Eurobeträgen für die Mitglieder erstritten werden. Eine wahrhaft stolze Leistungsbilanz, die dokumentiert, wie vorteilhaft sich die Kooperation des **BSBD** mit dem Seniorenverband auszahlen kann.

Rechnet man diese Zusammenstellung auf eine Jahresleistung hoch, dann leisten die Rechtsreferenten fast 1.000 Beratungen, Auskünfte und Verfahren mit teils stark unterschiedlichem zeitlichem sowie schriftlichem Aufwand.

Nicht erfasst sind Rechtsauskünfte, einschließlich derer durch die **Justiziarin des Seniorenverbandes Ulrike Schork**,

zur Rente und Versorgung, Krankenfürsorge und dem Versicherungsrecht im Krankheitsfall.

Hinzu kommt, dass mit zahlreichen Fachbeiträgen im Seniorenmagazin, das **BSBD-Premiummitgliedern** selbstverständlich kostenfrei beziehen, beziehungsweise auf der Homepage des

künfte gegeben wurden. Und das Beste ist, dass Sie als Mitglied des **BSBD** nichts tun müssen, um **Premiummitglied**, also **Mitglied im BSBD und im Seniorenverband** zu werden.

Sobald Sie als **BSBD**-Mitglied in Ruhestand oder Rente gehen, werden Sie automatisch dem Seniorenverband gemeldet und erhalten von dort ein Begrüßungsschreiben und die Mitgliedschaft.

Sie bezahlen dann den Mitgliedsbeitrag, den Sie als Aktiver zuletzt bezahlt haben, einfach weiter und der **BSBD** führt für Sie den Beitrag an den Seniorenverband monatlich ab.

„Es war uns wichtig unsere Seniorinnen und Senioren mit den bestmöglichen Antworten zu Ihren zukünftigen Fragen zu versorgen. Daher haben wir die Kooperation mit dem Seniorenverband 2012 beim Delegiertentag beschlossen,“ so der Landesvorsitzende **Alexander Schmid**.

Wieder ein Grund mehr, Mitglied im BSBD zu werden, zu sein und zu bleiben. als Quelle: Seniorenverband ÖD BW



Vorsitzender des Seniorenverbands Dieter Berberich und die BSBD-Vorsitzenden Alexander Schmid und George Konrath (von rechts). BSBD LV

Seniorenverbands vor allem zum Beihilfe-, Renten- und Versorgungsrecht, aber auch zu den Themen Steuerrecht, Patientenverfügungen samt Vorsorgevollmachten, Kranken- und Pflegeversicherungen wertvolle Hinweise und Aus-

Solche „Kleinode“ sind es wert erhalten zu bleiben

Personalräte des BSBD tagen in der JVA Waldshut-Tiengen

Kolleginnen und Kollegen der örtlichen Personalräte aus Ulm, Rottenburg, Rottweil, Ravensburg und Konstanz waren am 8. April 2016 zu Gast bei den Personalräten der JVA Waldshut.

Der örtliche Personalrat und sein Vorsitzender Ulrich Müller konnten die Gäste zusammen mit dem stellvertretenden Anstaltsleiter – Herrn **Geng** – begrüßen. Eine kurze Einführung zur Situation in der JVA Waldshut-Tiengen durch Herrn Geng, die später durch eine Anstaltsführung abgerundet wurde, stellte den Beginn des Tages dar. Dann ging es an eine umfangreiche Tagesordnung,



JVA Waldshut-Tiengen.

Foto: HP JVA



Die Personalräte mit Landesvorsitzenden Alexander Schmid.

Foto: BSBD LV

die neben einem Bericht des extra angereisten Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** noch viele weitere Aspekte der Personalratsarbeit umfasste. Personalsituation, Krankenstände, Mitarbeiterbefragung, fehlende echte Laufbahnperspektiven, Verbesserungen bei der Dienstbekleidung, Freistellungen ohne personelle Kompensation waren nur einige der heiß diskutierten Themen im Rahmen der Tagung. Der Austausch untereinander lieferte dazu wertvolle Hinweise für die jeweiligen Gremien. Große Hochachtung wurde den unter dem seit Jahren schwebenden Damoklesschwert

einer künftigen Schließung arbeitenden Kolleginnen und Kollegen der JVA Waldshut-Tiengen gezollt. „Wir haben klar festgestellt, auch unter dem Eindruck der jetzt mehr als prekären Haftplatzsituation durch die Engpässe bei der Untersuchungshaft, dass es gilt, die Pläne zu den Schließungen im Justizvollzug in Baden-Württemberg zu überdenken. Nur die Politik kann hier aber den Hebel umlegen und hierauf hoffen wir weiterhin.“

Ein besonderer Dank gilt den tollen Gastgeberinnen der JVA Waldshut-Tiengen – und hier insbesondere den Kolleginnen und Kollegen des ÖPR. als

Spardiktat für Einsteiger wirkt sich auf Einstellungszahlen negativ aus

Fachgruppe „Vollzugsdienst im Justizvollzug“ tagte in Mannheim

Die diesjährige Fachgruppentagung fand am 18. März 2016 in der JVA Mannheim statt.

Die Landesfachgruppensprecher Scheike und Jurak begrüßten die angereisten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere den Landesvorsitzenden des BSBD – Kollegen **Alexander Schmid**. Direkt im Anschluss begrüßten auch der Anstalts-

leiter – Herr **Weber** – und der Verwaltungsleiter – Herr **Ruland** – alle Anwesenden, und sie nutzten die Gelegenheit, während einer kurzen Gesprächsrunde auch ein paar Eindrücke und Einschätzungen zu einzelnen Problemen aus anderen Anstalten zu sammeln. Dabei ging es natürlich auch um Punkte wie die verstärkt vorhandenen Sprachbarrieren und die immer wieder thematisierte

Personalknappheit bei stetig wachsenden Aufgaben und Belastungen der Kolleginnen und Kollegen. Herr **Weber** bot an, die Problemanzeigen, die in dieser Runde angesprochen werden, auch gerne mit zur nächsten Anstaltsleitertagung zu nehmen. Danach ging man zum nächsten Punkt über, nämlich zur Suche nach geeignetem Nachwuchs für unseren Berufsstand und der damit verbundenen Problematik. Hier wirken sich auf die Einstellungszahlen immer noch das Spardiktat sowie die für Einsteiger beschlossenen finanziellen Einbußen negativ aus und erleichtern somit keineswegs diese Aufgabe. Aus der Sicht der Fachgruppe wird leider immer noch das „Sparen“ größer geschrieben als der Wunsch nach lohnenden und nachhaltigen Anreizen für qualifiziertes Personal.

Wie schon in der ARGE besprochen, bestätigten die Kolleginnen und Kollegen die Mängel bezüglich unserer Uniformteile. Unter anderem wurden hierbei die Poloshirts, die Sommer-Cargohose und Handschuhe für unsere Kolleginnen angesprochen. Ebenso wird die derzeitige



Fachgruppe Vollzugsdienst im Justizvollzug.

Foto: BSBD BW

Sportkleidung als teilweise schlecht passend kritisiert.

Man kann jetzt schon berichten, dass der Landesvorstand aktiv geworden ist; dies werden wir dann noch gesondert ausführen. Zum Thema „schusshemmende Westen“ wird ein Schreiben direkt an den HPR verfasst werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Ausstattung der vorführenden Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Anstalten besprochen. Hier wurde sehr deutlich, dass die Anstalten unterschiedliche Ausstattungskriterien anwenden. So gibt es Anstalten, in denen z.B. bei Vorführungen auch generell Pfefferspray mitgetragen wird, andere Anstalten lehnen dies prinzipiell ab.

Abschließend kann man aber festhalten, dass alle Kolleginnen und Kollegen bei weitem nicht über vergleichbare Ausrüstungsgegenstände wie bei der Polizei und den Gerichtswachtmeistern verfügen – ein Zustand, der den betroffenen Bediensteten nicht zu erklären ist, zumal es auch um ihre eigene Sicherheit geht. Um eine verbesserte und effektivere Zusammenarbeit in der Fachgruppe zu erreichen, wurde vorgeschlagen, dass sich

die einzelnen Fachgruppensprecher noch aktiver in unser Gremium einbringen sollten. Als ersten Erfolg in diese Richtung kann man die bei dieser Tagung erarbeitete Themensammlung werten, die die Landesfachgruppensprecher dann in die ARGE „Vollzugsdienst“ zur weiteren Erörterung und Bearbeitung mitnehmen werden.

Die kurze Mittagspause nutzte der Vollzugsdienstleiter, Kollege **Peterli**, um zu uns zu stoßen. Dies begrüßte die Fachgruppe sehr und sie hatte gleich einige Fragen parat, wie z.B. gewisse Probleme bei der Dienstplangestaltung, Entwicklung der Krankentage, Stundenansammlung durch die gestiegene Anzahl von Vorführungen etc. Kollege **Peterli** bezog offen und ehrlich Stellung; auch wenn sich seine Meinung nicht unbedingt in allen Bereichen mit den Vorstellungen der anwesenden Kolleginnen und Kollegen deckte, so entwickelte sich doch ein interessanter Meinungsaustausch.

Im Anschluss folgte die Anstaltsführung, die – wie üblich – auch zu einem weiteren Erfahrungsaustausch genutzt wurde. Danach informierte der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** u. a. über

die ersten Entwicklungen nach der am 13. März 2016 stattgefundenen Landtagswahl. Die versandten Wahlprüfsteine der **BSBD** wurden von allen Parteien – bis auf eine – beantwortet. Wir dürfen gespannt sein, wie lange sich die Parteien, die die zukünftige Landespolitik gestalten, an ihre Ausführungen erinnern werden. Danach wurden die Stundenentwicklung, die Schließungen von Vollzugseinrichtungen, die ansteigenden Gefangenenzahlen, der Krankenstand bei den Kolleginnen und Kollegen und die entsprechenden Folgen diskutiert. Die Fachgruppe sieht diese Entwicklung sehr kritisch und erhofft sich zeitnahe Reaktionen, und zwar nicht nur auf dem Papier.

Kollege **Scheike** dankte **Alexander Schmid** für die Ausführungen zu dieser umfassenden Thematik.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit konnten leider nicht alle Tagungspunkte besprochen und manche Probleme nicht einmal angerissen werden, was die Fachgruppe zum Abschluss gemeinsam bedauerte. Man wird daher versuchen, die weiteren Punkte in der ARGE entsprechend zu bearbeiten, um sie dann an die Fachgruppensprecher weiterzuleiten.

60 Vollzugsanwärter feiern Abschluss der Laufbahnprüfung

„Bestens vorbereitet auf die herausfordernden und verantwortungsvollen Aufgaben“



Die Amtschefin des Justizministeriums, Ministerialdirektorin Inken Gallner, der Leiter der Justizvollzugsschule Dr. Joachim Obergfell-Fuchs (links) sowie der Leiter der Abteilung Justizvollzug im Justizministerium, Ministerialdirigent Martin Finckh, (dritte Reihe rechts) mit den beiden Abschlusslehrgängen der Justizvollzugsschule.

Fotos (2): JuM JVS BW

Einen Grund zu feiern hatten 60 angehende Beamtinnen und Beamte des mittleren Vollzugs- und Werkdienstes in Baden-Württemberg: nach einer umfassenden Ausbildung an der landeseigenen Justizvollzugsschule haben sie nun ihre Laufbahnprüfung erfolgreich abgeschlossen.

Die Amtschefin des baden-württembergischen Justizministeriums **Inken Gallner** beglückwünschte die Absolventinnen und Absolventen des 222. und 223.

Abschlusslehrgangs am Donnerstag (24. März 2016) im Rahmen einer Feierstunde in Ludwigsburg.

Inken Gallner wies in ihrer Ansprache auf die große gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Justizvollzugs hin: „Sie werden einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit unseres Landes, zum Rechtsstaat und zur Resozialisierung der Ihnen anvertrauten gefangenen Menschen leisten“, sagte die Ministerialdirektorin des Justizministeriums. **Gallner** hob hervor, dass die Beschäftigten

im baden-württembergischen Justizvollzug ihre herausfordernden und verantwortungsvollen Aufgaben tagtäglich mit großem Engagement, hohem fachlichen Können und beeindruckendem Einfühlungsvermögen erfüllten...

(Pressemitteilung des JM vom 24.3.2016)

► **Erneut gratuliert der BSBD allen Lehrgangsteilnehmern zu ihrem Abschlusserfolg sehr herzlich und wünscht alles Gute für den Dienstbeginn „vor Ort“**